

- Apparate
in Rückgrat-
zimmungen
RUCH-
NDAGEN
liege in den
den-A.
tanung se
gerie
Horn
H. Köping
- Tel. 31776

H. Müller
18 und am
u. Farb.
Juhnt
Wigelandstr. 9b
e. Oppell-Vorl.
Köhler
33 - Tel. 29487

Drogerie
reich, Dres-
straße 45
Dietrich
gerie, Leipzig

DA
-Lößnitz

I. Damen-

Kein
Preise

chf.

ir, Kurz-,

umpistick,

wollw. usw.

akt., Weis-
und Spielw.

Melboer

II, Str. 10 e

me. Herrsart.

ausschnitt

macherart.

straße 48 c.

werkstätte

ren, Hüte

Itzen —

Fernsprecher

leife

Schrecks

zu haben.

straße 12

Fernsprecher

ca. — Tabak

Karo

Margarine

anbrodaer

ickerlei —

und Fein-
christstollen

ather

Str. 1, Weis-
bäckerei

ag

Konditorei,

n 18a

Beger

und Fein-
siderot

erhofstr. 9

Ruf 92 —

ohnungs-

er

Führ-

ruf 2268

ma:

sel Nachf.

handlung

Tel. 36

Fahrzeuge,

Werkstätte

phon 295

rtur-Lutaka

Gartenglas,

umbringen

stuch, Liso-

no, Tapeten

straße 19

Steinbeck

photoartikel

Leder- und

Preise

Saal:

licher Ball

Stimms Bad

astr. Nr. 10

Getränke

und Ge-

Metzgerei

Legie Blei-

Weine

amer, gute

nd Getränke

alt, Schuh-

Sportshuh.

Schuhwaren

werkstätte

onalwaren

u. Zigaretten

er Straße

der, Eier, Käse

Dresdner Volkszeitung

Postredaktion: Dresden,
Kaben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaften Dresden-Pestal und Dresden-Alstadt.

Bonifaz: Gebt. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100,- M. durch die Post
bezogen monatlich 100,- M. unter Kreuzband für Deutschland monatlich
180,- M. Einzelnummer 5,- M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.

Anzeigenpreis: die gespaltene Kompareilzeile 12,00 M. Familienanzeigen
8,50 M. die gespaltene Reklamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe
Erhöhung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 2 M.

Nr. 207

Dresden, Dienstag den 5. September 1922

33. Jahrg.

Guter Fortgang der Einigungsverhandlungen

Schulbedarfsgesetz und Parteien

Vor höchstem Interesse ist, wie sich die einzelnen Parteien zu diesem kulturell bedeutsamen Gesetz gestellt haben.

Das Gesetz ist in allen seinen Teilen mit den Stimmen der Arbeiterparteien durchgelebt worden. Die Abberungen zur Vorlage wurden gemeinsam durchberaten und zu Enträgen verdichtet. Auch die Kommunistische Partei enthielt sich aller Sonderanträge. Für das ganze Gesetz stimmten noch die Demokraten, während die beiden Rechtsparteien mit dem Abg. Hegllein das Gesetz ablehnten.

Der Befürerbundes anerkannte, was aber nicht in der Lage, dem von „ihm gebilligten“ Gesetz zugestimmt, weil er „nicht die christlichen kulturellen Belange im Sinne der Reichsverfassung gewährleistet“ sieht. Das bischöfliche Ordinariat der Diözese Meißen in Döben hatte in einer Erklärung verlangt, daß „der oberste kirchliche Behörde und der Elternschaft, die beide an der Wahrung des Charakters der Besinnungsschule das größte Interesse haben, ein Einfluss auf die Befreiung der Lehrerstellen an diesen Schulen eingeräumt werde“. Also der Kirche zuliebe sollte der Gedanke der Staatschule, wie er namentlich in der Befreiung zum Ausdruck kommt, praktisch fallen gelassen werden. Es genügte ihnen nicht, daß ihre Schulausschüsse von drei vorgeschlagenen Bewerbern einen wählen kann, sie wollen sich ihre Freunde selbst suchen. So konnte der Politiker Hegllein den Kirchendienner Hegllein nicht im Stiche lassen und brachte seine Einsicht willig unter den Seruumstab. Habe pia anima!

Die beiden Rechtsparteien lehnten das Gesetz ab, „weil den Gemeinden jedes Mitbestimmungsrecht bei der Bezeichnung der Lehrerstellen genommen worden ist, weil der Staat keine Verpflichtung übernimmt, in Zukunft für Religionslehrer zu sorgen, weil der Staat einen Dualismus hereinbringt in das Bildungswesen, wenn er für manche Gemeinde das 9. und 10. Schuljahr als höhere Schulform in der Bezahlung übernimmt, andern Gemeinden aber die Bezahlung der Schulkräfte an höheren Schulen und die Unterhaltung derselben allein überlässt“.

Das sind drei Behauptungen des Verfertigstellers für Würde, des Abg. Dr. Herrmann, jenes bedeutenden Kenner des Wortes Marxiasmus, die alle drei falsch sind. 1. Die Gemeinde hat, wie oben gezeigt ist, heute noch ein wenn auch bedrängtes Mitbestimmungsrecht bei Lehrerstellen. 2. Der Staat sorgt wie bisher auf dem Verordnungsweg für gewünschten Religionsunterricht. Wir haben es nur abgelehnt, Hochlehrer für Religionsunterricht, also Deute, die von früher bis abends nur in „Religion machen“, anzustellen und die Abiturienten vom Religionslehrer in Leipzig als solche anzuerkennen, wie es ein Antrag der Deutschen Union wünschte, weil sie keine staatliche Prüfung wie andre Lehrer haben, sondern nur unter dem strengen Augenaufschlag der Orthodoxie herantreifen, welcher auch bei einem so bedeutenden Schulmann“ wie Benz die Pedagogik erträgt. 3. Der Dualismus im Bildungswesen ist Unsinn, denn ob jemand bezahlt oder nicht bezahlt, hat höchstens einen Dualismus in der Praxis, aber nicht im Bildungswesen zur Folge. Dies Angst des Realitätslehrers vor Abbau seines Schulsystems ging Schlagwörter füllten und griff daneben.

Es ist nur zu begrüßen, daß die Parteien der Rechten den Entwurf ablehnen. Ihre fadenscheinigen „Gründe“ lassen uns den wahren Grund ersiehen. Es ist der Kampf gegen die Erhöhung der Bildung der breiten Massen, der in der Ablehnung erneut dokumentiert worden ist. Solange nämlich Schulgeschäfte gemacht werden ist, kann Fortschritte nur von freiheitlichen Strömungen, niemals von konservativen Tendenzen. Wie viele reiche Bauerngemeinden haben wir in Sachsen, die ihr Schulhaus fast der Verwohlösung anheimgeben, keine Anstalt tragen. An, Um- oder Neubauten vornehmen, erst als Arbeit im Gemeinderat etwas zu sagen, wurde es anders. Heute aber lieben wir sehr unter den Folgen der „Schulrechtsdilett“ der Streit von rechts.

Auch die demokratische Aktion hat im Kampf um Schulbedarfsgesetz eine eigenständige Rolle gehabt. Dr. Seifert hat den Abg. seines Namens als Schulämpfer nicht ernannt und nicht erhöht. Eigenartige feindselige Dispositionen mögen dazu geführt haben, seine Haltung zu bestimmen. Seifert war der führende Mann im Schulamt 1912, man begrüßte nicht bloß in der Leibesfreiheit seine Ernennung zum Schulminister. Aber er hat während dieser Zeit keine glückliche Hand gehabt, hat in der Frage der weltlichen Schule ungeheuer gedudelt, brachte kein neuzeitliches Gesetz heraus, futsch, er ist nicht in der neuen Zeit verankert. Er hat es übernommen, daß das Gesetz nicht mit ihm gereift ist. Konnten wir uns zusammenfassen mit einer Partei, die in wichtigen Wirtschaftserklärungen gegen die Regierung die Reaktion führte, die dem Stadte wichtige Gesetze zur Herbeiführung finanzieller Mittel abgelehnt hat? Gewiß sind auch Anregungen von dieser Seite ins Gesetz eingearbeitet worden, darüber hinaus wurden aber alle Anträge abgelehnt, weil sie sachlich unberichtig oder unberichtig waren. In der Auseinandersetzung hat Dr. Seifert vor geistiger Befreiung gewarnt zu modern verfehlt, nachdem bereits vorher von den Parteien sowohl als auch seitens der Regierung die Unberichtigtheit seiner Befürderungen nachgewiesen worden war, und gerade das wies ein eigen-

Am Montag setzen die Beauftragten der Parteivorsände der S.P.D. und U.S.P. die Beratungen über die Einigungsfrage fort. Besprochen wurde zunächst das Aktionsprogramm, über das volle Einmütigkeit erzielt wurde. Neben diesem Aktionsprogramm wird zum übernächsten Parteitag ein prinzipes Parteiprogramm vorbereitet werden. Die Vorarbeiten zu diesem Parteiprogramm sollen von einer in Nürnberg zu wählenden Programmkommission gefestigt werden. Neben einer ganzen Reihe anderer Voraussetzungen zur Einigungsfrage wurde dank gegenseitigen Entgegenkommens ebenfalls leicht Übereinstimmung erzielt. Mit der Beratung einiger, speziell organisatorischer Fragen wird sich am Mittwoch eine engere Kommission, der Mitglieder beider Parteivorsände angehören, beschäftigen.

Die Erhöhung der Beamtengehälter

Berlin, 5. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die am 4. September zwischen den beteiligten Gewerkschaften und der Regierung geführten Verhandlungen bringen den Beamten eine Erhöhung der Bezüge gegenüber dem August um rund 30 Prozent. Leider gelang es auch diesmal nicht, den Ortszuschlag zu erhöhen. Der prozentuale Zerhöhungszuschlag steigt nach der neuesten Erhöhung von 30 auf 43 Prozent. Für die ersten 10 000 M. Grundgehalt und Ortszuschlag werden 492 Prozent gezahlt. Die Zerhöhungszuschläge zu den Kinderzulagen erhöhen sich ebenfalls um 132 auf 437 Prozent. Die Zulage bringt dem Stadtmann in Betracht kommenden Beamten der Gruppe 3, Stufe 3 in Ortsklasse A ein Mehr von monatlich 2244 M. dem verheirateten mit einem Kind unter den gleichen Voraussetzungen 2573 M. Die Verhandlungen über die Arbeiterfrage beginnen heute Dienstag nachmittag 3 Uhr, und die Gewerkschaften haben sich vorbereitet für den Fall, daß die Preissteigerung in dem gleichen Maße sich fortsetzt, um neue Verhandlungen nachzusuchen.

Der Mord in Oberkassel

Düsseldorf, 5. September. (Eig. Draht.) Die Untersuchung in der Oberkasseler Nordafäre hat bisher noch kein Ergebnis erzielt. Von Seiten des Regierungspräsidenten ist eine Belohnung von 100 000 M. auf die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Die Stadtverwaltung will auch überzeugt eine Belohnung von 5000 M. aussetzen. Die Untersuchung gestaltet sich so schwierig, weil die sofort nach der Mordei auf Oberkassel gefahrene deutschen Polizeibeamten von den Belgieren verschleppt und erst nach 24 Stunden zur Untersuchung zugelassen wurden. Man nimmt hier allgemein an, daß es sich um einen nationalsozialistischen Attentat handelt.

Die griechischen Verluste

Paris, 5. September. Danach meldet aus Argom: Im Gefecht von Galataschir seien ungefähr 200 Geschädigte erledigt worden. Der Fall der Stadt Iloschir befindet sich. Die Verluste der Griechen werden auf etwa 12 000 Mann geschätzt, nämlich 5000 in der Schlacht von Megistum-Karakasir, 5000 in der Schlacht von Galataschir, der Rest bei anderen Rängen.

Die Tagung des Völkerbundes

Genf, 4. September. Die erste Sitzung der dritten Völkerbunderversammlung wurde heute vorwiegend 11½ Uhr durch den davorzeitigen Präsidenten des Völkerbundes da Gama, den brasilianischen Botschafter in London, eröffnet. Sie dauerte kaum eine halbe Stunde und wurde nach der Ansprache des Präsidenten sofort vertagt.

Zum dritten Male liegt jetzt in Genf die Völkerbundversammlung. An Arbeit fehlt es ihr wahrscheinlich nicht. Wichtige Fragen stehen zur Beratung: das Orientproblem, der Schutz der nationalen Minoritäten, die allgemeine Abrüstung. Und als Brennpunkt steht die Frage: Was wird mit Österreich? Diesem Land steht das Wasser bis an die Kehle. Seipels Meisen nach Prag, Berlin und Rom haben kein greifbares Ergebnis gezeigt. Vorsichtig haben so Venesch wie Schanger erklärt, sie wollten dem Völkerbund nicht vorgesetzten. Ob aber Genf der Ort ist, wo dem bedrangten Land die notwendige rasche Hilfe erblüht, ist zum mindesten zweifelhaft. Nach dem, was in der Pariser Information des Senator Daussat schreibt, sieht es nicht so aus. Danach soll der Völkerbund, der die Not der jungen Donaurepublik kennt und von der Notwendigkeit, sie zu retten, durchdringen sei, Hilfsmittel vorschlagen und den alliierten Regierungen unterbreiten. Das sollte Anklagungen den Anklagern entgegenwerfen. Ob aber Genf die Völkerbundversammlung wirklich so angenommen werden, steht auf einem andern Blatte.

Als neuer Vorsitzender wurde von der Versammlung am Montag nachmittag der chilenische Vertreter Edwards mit 42 von 44 Stimmen gewählt.

Man soll den Völkerbund nicht unterschätzen, wie es vielleicht in Deutschland geschieht; denn er ist doch immerhin ein Anfang. Freilich, an einer schwachen Wunde kann er von der Stunde seiner Entstehung an, und in sie legt Francesco Nitti, der ehemalige italienische Ministerpräsident, in seinem nun auch deutsch erschienenen Buche: Das friedlose Europa, anfangend den Finger. Er schreibt:

Welch großer Schritt vorwärts zum Frieden wäre es, wenn man unverzüglich alle Staaten, die bisher Feinde waren, in den Völkerbund aufnahmen würde. Von der europäischen Kulturmenschheit fehlen zur Zeit mindestens 350 Millionen im Völkerbund: die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich nicht mehr daran beteiligen wollten, nachdem der Vertrag von Versailles die Gewalt sanktionierte; Russland, das nicht konnte, weil es sich in einer zu schwierigen Lage befand; Deutschland, Ungarn, Österreich, Bulgarien, denen man die Teilnahme unterstellt, die Türkei usw. Der Völkerbund war ein prächtiger Einstieg, ich habe an ihn geglaubt und seine Entwicklung mit warmer Anteilnahme verfolgt. Über ein furchtbare Fehler hat sein ganzes Prestige zerstört; Artikel 5 und Artikel 10 seiner grundlegenden Verfassung und die Ausführung der Verträge haben ihm sofort den Charakter einer Art Heiliger Allianz des Siegers gegeben, die vertraten ist, die unumstößlichsten Beziehungen zu ordnen, die die Verträge zwischen Siegern und Besiegten festgelegt haben. Wilson hatte schon den grundlegenden Fehler begangen. Er hat den Völkerbund ins Leben gerufen, ohne jemals den Völkern ihren Platz anzumessen, und er hat den Besitz der besiegten Nationen und ihrer Bevölkerung verheißen, wie es gerade kam. An dem Tage jedoch, wo einmal alle Länder vertreten sind, werden die Vereinigten Staaten von Amerika das Bedürfnis verspüren, ohne Anerkennung der Verträge von Versailles, von Saint-Germain, von Trianon usw., aus ihrer Abschöpfung herauszutreten, die ihnen nur Schaden und ihnen eine untergeordnete Stellung aufweist. Und an dem Tage, an dem alle Völker der Welt vertreten sein werden, an dem sich die Bande internationaler Solidarität von einem zum andern schließen, an dem Tag wird ein guter Sieg vor

Patriotismus für 6 Prozent

Über die Beteiligung Stinnes' am Wiederaufbau werden jetzt nähere Mitteilungen voraus. Stinnes und der Generalverband der französischen Wiederaufbau-Genossenschaften haben einen Lieferungsvertrag großen Stils abgeschlossen, der sich auf die Lieferung von Baustoffen und Materialien verschiedenster Art erstreckt. Welchen Umfang die in Aussicht stehenden Lieferungen haben, geht daraus hervor, daß es sich um Materialien für Wiederherstellungsarbeiten für insgesamt 190 000 geschädigte Haushalte handelt, deren Entschädigungsforderungen einen Wert von 12 Milliarden Frank, also noch heutigem Kurs von fast rund 1479 Milliarden Papiermark ausmachen!

Es lohnt sich also, den Vertrag näher zu betrachten. Dafür spricht die französische Presse, die von dem Abkommen des Herrn Stinnes Einzelheiten berichtet, nicht über die Abschluß-Bedingungen. Das aber ist eine Angelegenheit, die die deutsche Öffentlichkeit auf das Brennendste interessiert, zumal darüber Gerüchte im Umlauf sind, die zu den verschiedenen Kombinationen Anlaß geben. Zunächst richten wir deshalb an die Reichsregierung folgende Anfrage:

1. Ist es wahr, daß Stinnes ein Monopol für die Sachlieferungen der begehrten Art an den Verbund der Wiederaufbau-Genossenschaften erworben hat, das dadurch gefestigt wird, daß ein Austausch je eines Aufsichtsratsmitgliedes eines Stinnes-Unternehmens und des Generalverbandes der Genossenschaften in Aussicht genommen ist?

2. Ist es wahr, daß Stinnes, der sich mit einem solchen Vertrag an die Stelle der von ihm so bekämpften im Wiederaufbau vorgesehenen Rentenstellen gesetzt hat, für die Vermittlung 6 Prozent bezahlt?

Herr Stinnes selbst möge vorläufig folgende Frage beantworten, die — es sei uns verzeihen — vielleicht etwas indiskret ist:

Wie vereinbart sich Ihre Politik des unverhältnismäßigen außenpolitischen Kampfes gegen Frankreich, wie er in den neuerdings Ihnen gehörigen Täglichen Rundschau noch jetzt (und vorher in Ihrer D. A. Z.) vertreten wird (bzw. wurde) mit Ihrer privaten Geschäftspolitik?

Um Antwort wird gebeten, schon im Interesse einer Reinigung der Atmosphäre. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn Rathenau unter Mitwirkung von deutschsozialistischen Industrieführern — wir erinnern an Herrn Quaas — in den Tod gehetzt worden ist, daß ferner jetzt eine neue, der alten nicht ganz ähnliche Hölle (siehe D. A. Z.) gegen die Regierung inszeniert wird, während Industrielle für 6 Prozent Provision im Namen des Vaterlandes das gleiche tun, was den Verschöhnungspolitikern Schmach, Schande und Attentate eindachte!

Der ausgelöste Artilleriestand

Nürnberg, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) In Nürnberg kam es gestern anlässlich des bayerischen Artillerietages zu Zusammenstößen mit der bayerischen Landespolizei und der republikanisch gebliebenen Bevölkerung. Nur unter strengster Bewachung von Polizei, Panzereitern und stark besetztem Polizeiauto konnte der stark zusammengeholtzogene Festzug der Artilleristen vor sich gehen. Der Rückmarsch des Festzuges fiel angesichts der Empörung der Bevölkerung aus. Bereits am Sonnabend hatte der Stadtrat von Nürnberg einen Beschluss gefasst, den Festzug zu untersagen. Die Regierung hatte jedoch den Beschluss wieder aufgehoben und sogar die Belästigung des Verboes untersagt. Dadurch wurde in der Bevölkerung eine große Empörung ausgelöst, die gestern bei dem Festzug allenfalls in Erscheinung trat. Die Empörung war zum Schluss so stark, daß die Festteilnehmer ihre Abzeichen in die Taschen steckten, die Offiziere in Autos davonfuhren und sich der Waffenring der bayerischen Artilleristen unter dem Druck der empörten Arbeiterschaft aufzulösen suchte. Es ist an einzelnen Stellen zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und Panzereitern gekommen. Verletzungen sind jedoch nicht ge-

10 Mark Briefporto

Berlin, 4. September. Vor dem heute zusammengetretenen Verkehrsminister beim Reichspostministerium erklärte Reichspostminister Giesberts die dem Reichsrat bereits zugegangenen Entwürfe betr. Erhöhung der Postgebühren für bereits überholt. Er legte die in den letzten Tagen fertiggestellte Ergänzung dieser Entwürfe vor. Darin werden u. a. folgende Gebühren vorgeschlagen: für Postkarten im Ortsverkehr 3 M., im Fernverkehr 6 M., für Briefe 4 bzw. 10 M., für Auslandsbriebe bis 20 Gramm 20 M., für Telegramme gebühren im Ortsverkehr je Wort 3 M., im Fernverkehr 5 M. Für Fernsprechgebühren soll der Zuschlag, der bisher 100 Prozent betrug, auf 700 Prozent erhöht werden. Für Postanweisungen betragen die Gebühren bis 100 M. 6 M., bis 250 M. 8 M., bis 500 M. 10 M., bis 1000 M. 12 M.

Die Verhandlungen mit Belgien

Die Vertreter der belgischen Regierung, Delacroix und Bemelmans, werden am Dienstagabend in Berlin eintreffen. Ihr Mittwoch sind vorläufig nur Vorbesprechungen der Reichsregierung mit den Belgieren geplant. Erst am Donnerstag sollen die offiziellen Verhandlungen beginnen. Von deutscher Seite sind die Unterhändler, entgegen anders lautenden meldungen, bisher noch nicht ernannt. Jedenfalls wird der Reichskanzler den wesentlichen Teil der Besprechungen selbst führen.

Paris, 4. September. Einer der belgischen Vertreter, der heute nach Berlin reisen, erklärte einem Vertreter des Intendanten, daß Belgien Garantien fordern werde, damit es, falls es Geld brauche, dieses auf Grund der deutschen Schatzwertschmelze von 270 Millionen Goldmark in der Bank von England, von der Bank von Holland oder der Goranty Trust Company abnehmen könne. Falls diese Garantien angeboten würden, habe die Reichsbank den Verpflichtung eingehen, welche in Goldmark reserviert und von somit zur jederzeitigen Verfüfung der Inhaber der Schatzwertschmelze halte, so würde eine Lebhaftigkeit dieser Goldbestände in einer alliierten Bank nicht verhindert werden. Zur Reichsbank könne man das nötige Vertrauen haben. Die Banken, die die Schatzwertschmelze zu erlösen planen würden, würden sich mit einer derartigen Absicherung wirtschaftlich auch aufstellen geben. Falls Deutschland aber nicht genügend Garantien böte, müßte das Volk der Reichsbank verlangt werden. Die Vorschläge müßten aber von Deutschland ausgehen. Falls die Garantien abgeschafft würden, auch die Goldüberweisung nicht genehmigt würde, so würde man die Reparationskommission um Aufhebung ihres letzten Beschlusses ersuchen. Der belgische Vertreter ist aber der Ansicht, daß es nicht sinnvoll kommen werde.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsräte wegen Hausfriedensbruchs vor dem Oberlandesgericht

Ein seltsamer Strafsprozeß, der für die beteiligte Unionsnebmerfirma allerdings einen höchst komischen Ausgang nahm, beschäftigte in der Rechtsabteilung des sächsischen Oberlandesgerichts. Zwischen der Arbeiterschaft der Bürgerlichen Teppichfabrik A.G. und der Betriebsleitung war es im Herbst 1921 über den Tarifloge zu Differenzen gekommen. Die Betriebsleitung behauptete, es bestünde ein Sondertarif. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß mußte verlegt werden, weil der Betriebsleiter ein Exemplar des Sondertarifs nicht vorzeigen vermochte. Der Betriebsrat verlangte darauf am folgenden Tage, am 10. Oktober 1921, den Tarif und deputierte sich zu diesem Zwecke im Fabrikator, wo ihm vom Betriebsleiter ein Tarifvertrag vorgelegt wurde, der nicht unterzeichnet war. Die Arbeiter schenken und Haupt, als Vorsitzender des Betriebsrates, teilten dies dem Arbeiterrat mit, worauf diese sofort im Teppichsaal der Fabrik eine Versammlung abhielten, woran auch der Betriebsleiter teilnahm. Es kam zu längeren Verhandlungen, die aber zu keinem Ergebnis führten, schließlich forderte der Betriebsleiter die Arbeiterschaft zum Verlassen des Saales auf, indem ohne Erfolg; die Verhandlungen gingen vielmehr weiter, an denen sich auch der Betriebsleiter wieder beteiligte. Dieser hat schließlich an den neben ihm stehenden Arbeitern Schenken und Haupt gesagt: So fordern Sie doch selbst die Arbeit auf, den Saal zu verlassen!

Weil die beiden damals entsprochen haben, auch selbst nicht gegangen sind, hat sie der Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt. Nach Meinung des Schöffengerichts hat sich die Aufforderung des Betriebsleiters zum Schenken auch an die beiden Angestellten gerichtet. Das Berufungsgericht hat jedoch auf Kostenlose Freisprechung erkannt und ausgeführt, die Angestellten hätten freies Sprechen damit verteidigt, daß sie in der Aufforderung lediglich eine Verhinderung des dem Betriebsräte zugestandenen Hausrats erklärten hätten. Nach § 8 des Betriebsrätegesetzes hätten die Betriebsräte die Aufgabe, zur Vermeidung von Erhöhungungen des Fabrikbetriebes nicht rücksichtslos, sondern vorsichtig zu verfahren. Sie hätten also nicht bloß Angriffe der Fabrikleitung abzuwehren, sondern auch solche der Arbeiterschaft. Die Leute sei aber an jenem Tag sehr erregt gewesen, so daß es, wenn die Angestellten gegangen wären, sehr leicht zu Ausschreitungen gekommen wäre. Ein heimlich widerrechtliches Handeln der Angestellten sei jedenfalls nicht erwiesen. Den Angestellten sei nicht zu verbieten, daß sie lediglich behaftet im Saale geblieben sind, um die Arbeit zu beurteilen und sie auf günstigem Wege zu verlassen, den Saal zu verlassen.

Gegen dieses Urteil hat die Firma als Tridentägerin Revision eingeregt, indem Verleugnung von § 8 des Betriebsrätegesetzes gerügt und geltend gemacht wurde, die Urteile der ersten und zweiten Instanz enthielten Widersprüche. Das Reichsgericht ist ohne Erfolg geblieben, dagegen hat das Oberlandesgericht auf die Revision der Angestellten im Urteilsschluß noch ausdrücklich festgestellt, daß die Firma auch die sämtlichen gerichtlichen Kosten zu tragen und die den Angestellten entzogenen notwendigen Auslagen zu erstatten hat.

Die progreßistische Firma hat also einen bösen Reinfall erlebt, der ihr von Herzen zu gönnen ist.

Die Löhne der Buchdrucker

Wenn im Buchdruckergewerbe eine Erhöhung des Lohnes erfolgt, so verhindern es alle Zeitungen, nicht zuletzt die bürgerlichen Zeitungen. Von Lohnerhöhungen in anderen Gewerben wird lange nicht so viel Wefens gemacht und die bürgerliche Presse schwiegt darüber oft ganz aus. Deutlich müssen natürlich die Zepter — und dazu gehören auch die Hauswirte und andre Gesellschaftleute — zu der Meinung kommen, doch die Buchdrucker zu außerordentlich hohe Löhne beziehen. Naunlich die legitime Erhöhung der Zeitungspreise, die in diesem außerordentlichen Umfang in erster Linie durch die gewaltige Steigerung der Papierpreise, um rund 42 M. für das Auto, notwendig wurde, gibt erneut Veranlassung zu diesen falschen Folgerungen. Die Oeffentlichkeit blühten die hohen Löhne der Buchdrucker, die hinter den Röhnen der übrigen Arbeiter, selbst hinter denen der ungeliebten, fast ausnahmslos zurückbleiben interessierten. Nachdrücklich bringen wir einige Befunde, die besser als viele Worte sprechen. Von 1. September an erhält ein verheirateter Buchdrucker über 21 Jahre in Dresden und Heidenau in Altersklasse A einen Wochenlohn von 1055 M. oder einen Stundenlohn von 40,78 M. in Klasse C (über 24 Jahre) von 2015 M. oder 48,12 M.; in Pirna in Klasse A 1841 M. bzw. 38,35 M. in Klasse C 2101 M. bzw. 49,77 M.; in Dohna in Klasse A 1712 M. bzw. 35,87 M. in Klasse C 1979 M. bzw. 41,08 M.; in Görlitz, Neustadt, Görlitz, Schandau, Tispolen in Klasse A 1828 M. bzw. 38,88 M. in Klasse C 1888 M. bzw. 39,20 M. (Von Schandau 5 Prozent Sozialausgleich); in Görlitz, Berggießhübel, Döhlenstein in Klasse A 1806 M. bzw. 37,00 M. Neuauflerterne erhalten noch 200 M. weniger als die Gehälter der Zentralklasse A, bedingt in allen Buchdrucken 84 M. weniger. Von diesen "hohen" Löhnen geben noch die Steuer, Staatskassen und Organisationsteile ab. Zusätzlich kann man schon zur Genüge ersehen, daß nicht die Buchdrucker erhöhte, sondern in erster Linie die Preise für Papier, Material, Farben, Oele usw. die Herstellungskosten für Druckarbeiten ausdrücklich verdeckt. Die Löhne selbst müßten gerade in diesem Gewerbe bedeutend höher sein, wenn sie für die an die Buchdrucker gestellten Anforderungen eine entsprechende Gegenleistung sein sollten.

Eisenbahner und Zeno

Auf eine Anfrage über die Erteilung von Unterricht an die Technische Not hilfe im Eisenbahnbewegen hat bekanntlich der Reichsverkehrsminister geantwortet, daß die Erfordernisse des Februarstreiks gezeigt hätten, daß es unerlässlich sei, dem Versuch einer Stilllegung des Eisenbahnbetriebes durch vorbereitende Maßnahmen entgegenzuwirken. Er halte es für seine Pflicht, vorbereitungen in diesem Sinne zu treffen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hat bereits bei der Bewerbung von Reichsbahnbeamten zur Fortsetzung im Eisenbahnbetrieb dagegen protestiert, daß mit dieser Studentenarbeit hinterher eine Streikfördergarde organisiert werde. Wie bestreitet dieser Protest der Eisenbahner war, geht nunmehr aus der schriftlichen Antwort des Reichsverkehrsministers hervor. Diese schriftliche Erstellung von Unterricht an die Technische Not hilfe im Eisenbahnbewegen ist durchaus keine harmlose Sache. Die Bevölkerung auf den Februarstreik ist nicht stichhaltig; denn der Deutsche Eisenbahnerverband hat klar und deutlich erklärt, daß er im Falle der Fortsetzung der Arbeit unter allen Umständen an zu führen lassen werde.

Der Deutsche Eisenbahnerverband wird auch auf seinem nächsten Verbandsitag, am 10. September, die Garantie für die Verleihung lebensnotwendiger Artikel im Eisenbahnbetrieb in Streikfällen offiziell in sein Statut aufnehmen. Dieser Schritt des Deutschen Eisenbahnerverbandes macht u. a. die Erteilung von Unterricht an die Technische Not hilfe im Eisenbahnbewegen völlig überflüssig. Man sollte die Gelder, die für fortwährende unumstößliche Dinge aufgewendet werden, besser zur Sicherung der Rot verwen den.

Der amerikanische Entschuldungstest

Nochmals bereit in den Weißschlafzimmern der Vereinigten Staaten vor Augen der Streit durch ein Kommen beigelegt worden ist, das nicht allein den Bergarbeiterverband als Vertragspartei anerkennt, sondern zugleich die Löhne in ihrer bis herigen Höhe beibehält, ob nunmehr auch in den Parabolenschlafzimmern ein gleiches Abkommen geschlossen worden. Der Vertrag gilt bis 31. August 1928. Damit ist einer der größten und drittgrößten Bergarbeiterverbände, der je in einem Lande geführt worden ist, einem unerträglichen Sieg für die Arbeiterschaft besiegelt.

bauerne genau fünf Monate. Er brach aus, weil die Unternehmer die Löhne der Arbeiter um 20 Prozent liegen und keinen gemeinsamen Vertrag abschließen wollten.

Die Belegschaften der sächsischen Zwischenbahnen haben sich in einer Urabstimmung gegen das Verfahren einer täglichen Überheure gestellt. Auf dem Betrauenswahltag haben von etwa 1000 Mann Belegschaft sich mehr als drei Viertel gegen die tägliche Überheure gestellt; das gleiche Verhältnis ergab sich auf dem Eisenbahnwahltag, und von den Belegschaften der Bürgergewerkschaft und Betriebsräte haben gar 90 Prozent der Belegschaft gegen die tägliche Überheure gestimmt.

Der Streik in Simbach, der ohne Zustimmung der Gewerkschaften in der Textilindustrie begann und dann durch die kommunistische Generalstreikserklärung auch auf andre Industrien und auf Kaufarbeiter übergriff, ist nach fünfziger Tagen ergebnislos abgebrochen worden.

Die Neuordnung der Beamtenbezüge. Am Montag, nach 4 Uhr, begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften über eine Neuordnung der Bezüge für die Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter. Obwohl 8 Uhr waren die Verhandlungen noch nicht beendet. Die Zustimmung in der Berliner Metallindustrie über den Schiedsentscheid des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schiedsgerichts, der die Verlängerung der Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden vorschreibt, hat die zum Abwesenheitsnotwendige Dreiviertel-Mehrheit nicht ergeben. Der Schiedsentscheid gilt demnach als angenommen.

Budenfeststreit in Österreich. In Österreich sind die Brüder ausständig geworden. Dem Streik schlossen sich gestern abends auch die Seiter der Tagesschriften an, so daß heute früh in Wien keine Zeitungen erschienen. In Innsbruck, Graz und Salzburg sind bereits seit zwei Tagen keine Zeitungen erschienen.

Aus aller Welt

Ein Geisteskranker Letzter der deutschen Politik

Es ist hier nicht vom Wilhelm die Rede, dessen Verachtung ja bekannt war, sondern von dem Herrn v. Holstein, der nach Sidmars Einschätzung durch Jahrzehnte der eigentliche Leiter der auswärtigen Politik des Reiches gewesen ist. Über ihn erzählt der frühere Reichsjustizrat und später Berliner Oberbürgermeister Werth in seinen Lebenserinnerungen (Ein Beimüthen) folgendes:

"Im Auswärtigen Amt schnelle dann der Mann empor, der unter Sidmar beschleunigter Weise gewesen war und von jetzt an in den Mantel des Meisters hineinzutreten strebte. Herr v. Holstein ist, wie immer man ihn sonst beurteilen mag, die erstaunlichste Erscheinung des Reichsdienstes. Erscheinung kann man kaum sagen, denn fast niemand kommt ihm zu Gleich. Ich habe Jahrzehnte mit ihm Haus an Haus gearbeitet, meine Gedanken und Schriften sind ihm unzähligmal begegnet. Nur ein einziges Mal habe ich ihn von fern gesehen und niemals mit ihm ein Wort gewechselt. Er wurde in den Staatsräten erzählt, der Kronprinz habe einmal dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes aufgegeben, ihn zu Holstein zu führen, damit er den interessanten Mann kennen lerne. Kreisberg v. Rüdholfs Antwort sei jedoch gewesen: Kaiserliche Hoheit muten mir unmögliches zu. Wenn Sie mit Holsteins Zimmer durch die eine Tür betreten, eilt er abwärts durch die zweite Tür hinaus." Im wohlverdienten Einflaute, bei Begegnungen ihres Gegenstand vor Augen, kann er seine geheimen Pläne noch den europäischen Hauptstädten, den Botschaften und Gesandtschaften, den Reichsämtern und Ministerien. In der Handelspolitik ist mit Holstein fast unheimlicher Einfluß oft genug in die Quere gekommen, ohne daß ich ihn hätte greifen und bekämpfen können. Ein Wortschatz bringt darüber oft ganz aus. Deutlich noch auch. Er ließ die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes einen nach dem andern an sich vorüberziehen und blieb selbst bis fast zum Ende der schlichten Bekleidung und porträtierte stat. Nun reichte es mehr, seine Vorgesetzten am Häufchen zu ziehen, als selbst an ihre Stelle zu treten. All das ist groß und kräftig zugleich. Manche glaubten im Laufe der Jahre zu erkennen, daß Holstein mehr als ein Sonderling, daß er zweifelhaften Geistes zu Stande sei. Unter ihnen Graf Schrenck, der als bayerischer Gesandter in Berlin fast vier Jahrzehnte die Reichsgeschichte sozusagen als der Tot in Drama begleitet hat. Er stand unumwunden aus, spätere Geslechter würden nicht begreifen, daß sich ein Volk von 60 Millionen durch einen Geisteskranken lange Jahre habe führen lassen. Welch vernichtender Rücksicht auf die oberste Leitung, unter der sich ein solcher Zustand entwickeln konnte!"

8000 Granaten explodiert

Paris, 4. September. Nach einer Katastrophenmeldung aus Politic ist gestern früh ein Munitionslager, in dem eine Feuerwerkskunst ausgetragen war, mit 8000 Granaten in die Luft gesprengt. Es fielen auch Granaten in die Stadt. In einer Entfernung von mehr als 1500 Metern vom Explosionsort ist an den militärischen Gebäuden und Häusern der Umgebung bedeutender Sachschaden angerichtet worden. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Der Dollar 1423,21

	5. 9.	6. 9.	4. 9.	4. 9.
	Geld	Brief	Geld	Vrie
Holland	100 Gulden 56429,3	56570,8	55900,0	56070,0
Dänemark	100 Kronen 80961,2	81038,7	80861,8	80638,8
Schweden	100 Kronen 88152,3	88247,7	88152,5	88247,7
Norwegen	100 Kronen 23970,0	24030,0	24109,8	24218,2
Niedersachsen	100 Pf. 8170			

Jungsozialisten!

Sonntag den 17. September: Treffen der Jungsozialisten im Zeller Wald. Die Gruppen treffen sich nach Ankunft der Bühne um 7 Uhr und 9 Uhr früh in den. Von der gemeinsamen Wanderung nach dem Zeller Wald. Nach einem noch festzulegenden Referat über Die Jungsozialisten und ihre Arbeit sollen durch eine sprachliche Verbindung geschaffen werden zu festerer gemeinsamer Arbeit im Bezirk Osthafen.

Alle Jungsozialisten sowie alle Partei- und Jugendgenossen und -genossinnen, die Interesse an der jungsozialistischen Bewegung haben, sind dazu eingeladen.

Jungsozialisten und Jungsozialistinnen! Auf nach dem Zeller Wald! Frei Heil!

Jungsozialisten Groß-Dresdens.

Der engere Ausführ.

Sächsische Angelegenheiten

Pressebesuch in der Baugher Strafanstalt

Die sächsischen Strafanstalten, die zur Zeit noch dem Ministerium des Innern unterstehen, werden nach dem Vierfeld Preußens und anderer deutscher Länder in nächster Zeit in die Verwaltung des Justizministeriums übergehen. Vor dieser Überleitung hatte das Ministerium des Innern die Vertreter der Presse noch zur Besichtigung einer dieser Anstalten eingeladen,

und zwar der etwa wenige Jahre vor dem Kriege erbautes Strafanstalt in Bayreuth, die noch durchaus neuzeitlichen Gesichtspunkten eingerichtet ist und geleitet und verwaltet wird, und die als eine der modernsten Strafanstalten Deutschlands bezeichnet werden kann. Erstesem wird jeder, der die Strafanstalt gesehen hat, mit dem Oberregierungsrat Mönnich, der vor der Führung durch die verschiedenen Abteilungen der Anstalt Erläuterungen über ihre Einrichtung gab, zu der Überzeugung gekommen sein, daß die Freiheitsstrafe eine der härtesten Strafen ist, die sich denken läßt.

Das Nebel der Strafe darf nicht zur Dual ausarten; der Strafzweck ist, die Gefangenen zu bestimmen, und zwar durch individuelle Behandlung. Nach diesen Gesichtspunkten, die sich in Sachen bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Geltung verschafft, und in deren Verbreitung Sachsen voran gegangen ist, wird die Baugher Strafanstalt geleitet. In ihr sind drei Disziplinarklassen eingesetzt, die jeden Gefangenen angeben, sich selbst sein Los so leicht als möglich zu gestalten. Ein wichtiges Mittel zur Besserung ist die Arbeit, nicht nur minderwertige, sondern auch höhere und wertvollere, wie sie den körperlichen und geistigen Fähigkeiten der einzelnen Gefangenen entspricht. Jeder Gefangene soll ein gewisses Verum leisten. Die Arbeit nach bestimmten Grundzügen begünstigt. Eine allgemeine Sportförderung bietet den Gefangenen bei ihrer Entlassung einen Nutzen.

Der geistige Anregung und Weiterbildung dient, die Strafanstaltsschule, an der für die schwierige Aufgabe besonders ausgewählte, vom höchsten Pflichtgefühl erfüllte Lehrer tätig sind. Sie unterrichten hauptsächlich die jugendlichen Strafgefangenen, aber auch Erwachsene können den Unterricht besuchen, der in erster Linie die Willensbildung dient. Die Schule wird werthvoll ergänzt durch eine Bücherei, die gegenwärtig in Bayreuth 4500 Bände umfaßt. Sie untersteht der Leitung eines erfahrenen Büchereibesitzers, ist ausreichend ausgestattet und enthält, wie eine Durchsicht des Katalogs und Büchereibändle lehrt, aus durchaus einwandfreie und gute Werke. Jede Schund- und Trivialliteratur ist ihr ferngehalten worden. In Waldheim wird eine eigene Gefangenenseitung gedruckt, die auch in Bayreuth gelesen wird. Die politischen Gefangenen dürfen sich nicht nur selbst beschäftigen, sondern auch selbst beschäftigen. Sie können jedes Zeitung halten und sich Bücher jeder Art kaufen lassen. Nebst den wichtigsten politischen Ereignissen werden die Gefangenen durch allgemeine Vorlesungen aus den Tageszeitungen unterrichtet.

Die Beteiligung an den Gottesdiensten ist durchaus freiwillig. Wer ihnen fernbleiben will, kann sich während der Zeit mit Lektüre beschäftigen. Von Zeit zu Zeit werden auch Vorlesungen, musikalische Darbietungen, Recitationen usw. gehalten. Der Gefangnisgeistliche betätigt sich vor allem als Fürsorger, als Mittler zwischen dem Gefangenen und seiner Familie. Professoren, meisterei wird nicht geübt. Alter Gewissensdrang auf den Gefangenen wird stets vermieden.

Als Gefängnisarzt ist ein namhafter Physiater beauftragt. Es ist überhaupt demerkantwert, daß man die Strafgefangenen immer mehr als geistig Defekte, als fisiell Krante, als Plethora-Patienten erkennen und behandeln gelernt hat.

Bioniere

Roman aus dem Norden von Ernst Döhring aus dem Schwedischen übertragen von Else v. Hollander

Oßson war schlechter Raum. Teils war er ärgerlich, doch man ihn so früh am Sonntag geweckt hatte, wo er doch erst um vier Uhr morgens nach Hause gekommen war, teils war er wütend, daß dies bei seinem Hause passieren mußte. Er trugte sich den Kopf und ging zu der Schwarzen Bärin hin.

"Sie ist tot, glaube ich", sagte er ganz ruhig.

Die Trampstarin, die neben der Schwarzen Bärin saß, fing zu heulen an.

"Nein! Nein! Das kann doch nicht wahr sein, Oßson."

"Sag nur gut sein!" sagte Oßson. "Es ist nicht wert, darüber zu heulen. Wir wollen sie ruhig liegen lassen, bis der Doktor kommt. Ich werde dir helfen."

"Wer schnell, Oßson! dies ist doch furchtbarlich!"

Oßson zog sich an und ging zum Krankenhaus und zum Doktor hinunter.

Der Doktor war eben mit dem Frühstück fertig, als Oßson die Tür öffnete und mit ernsterem Gesicht als sonst hereinkam.

"Guten Morgen, Oßson", sagte der Doktor. "Was ist dann los?" Er legte die Serviette zusammen, leerte die Tasse auf und stand auf.

"Ich, es ist etwas Schlimmes", meinte Oßson und brachte verlegen die Worte.

"Goo? Was denn?" Der Doktor nahm das Biergartenstuhl, wählte die beste, bis die Spitze ab und stande sie an.

"Ja, sehen Sie, die Schwarze Bärin liegt oben bei mir beim Birkenhaus. Draußen!" folgte er erschrocken hinzu.

"Ist sie betrunken?"

"Das glaub' ich nicht. Sie wird wohl tot sein."

"Das wäre ja sehr ungünstig. Dann hätte man hier im Krankenhaus vielleicht nicht mehr so viel Elend und Schweißerei. Sie verdächtigt uns unsre ganzen Deute", sagte der Doktor und sah höchst ungern aus.

Oßson antwortete nicht. Er hatte kein so reines Gewissen, daß er sich über die Sache zu äußern wagte hätte. Außerdem war das Unglück, einstweilen so wenig wie möglich über die Geschichte zu sprechen. Die Trampstarin mußte die Sache erklären, so gut sie konnte.

Bei Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen hat die Regierung einen Staatsbaustagtag eingestellt, der mit den verschiedenen Körperschaften, auch mit den Gewerkschaften, in Verbindung steht und aus allen Kreisen den Wert fördert und unterstützt wird.

Die Presseberichter betätigten die weitläufigen Anstalträume, die trübe Stimmungen anstößenden Engelshafizellen, die großen lustigen Arbeitsräume für die Gemeinschaftsarbeit, durch deren offene Fenster von einer weiten Aussicht auf die Höhen der Oberlausitz genießt, die unheimlich wirkenden Schlafzellen für die in den Arbeitsräumen tätigen Häftlinge, den Saal, die Schule und die Bücherei, die unverbaute Krankenanstalt, die Bäder in der täglich rund tausend Kilogramm Reis für sechs sächsischen Strafanstalten verbraucht werden, die Wirtschaftsräume, Ställe und Gütern. Überall herrschte reine Sauberkeit und Ordnung und wenn nicht an allen Fenstern die Eisenküppel geweisen wären, so hätte man die Anzahl für einen großen, modern eingerichteten Betrieb halten können. Wohlwend berührte der alte sächsische Ernst, mit dem die verantwortlichen Leiter der Strafanstalt und ihrer einzelnen Abteilungen ihre schweren Pflichten auf sich, das soziale Empfinden, mit dem sie den Insassen entgegenkamen und das hohe Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft, die ihnen ihre aus dem Gleise gespülten Mitglieder zurückgab.

Die Einräumung der Ausländerstut

Die sächsische Regierung hat, wie bekannt, bei der Reichsregierung dringende Vorstellungen erhoben und verlangt, daß die Gefandtschaft in Prag mit dem Schlußvertrag einheitlich allgemeine Neuordnungen zu den Kammer stattfinden müßten. Von den sächsischen Handelskammern sprachen sich auf eine Anfrage des Wirtschaftsministeriums zwei für diesen Antrag, drei dagegen aus. Das Wirtschaftsministerium hat jetzt den Antrag abgelehnt, so daß die Handels- und Gewerbezammerwahlen noch im Herbst dieses Jahres stattfinden.

Wegen Hinterziehung von Umsatz- und Einkommenssteuer sowie wegen verlängerter Hinterziehung dieser Steuer wurde der Schuhmachermeister B. Bartholomäus in Schmied mit einer Strafe in Höhe von 408.000 M. belegt.

Finanzminister Schröder hat nach Rückkehr vom Urlaub seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Die Zahl der Ausländer in Sachsen ist gestiegen. Die zuständigen Reichsbehörden bereiteten vor dem Eintreffen der Flüchtlinge aus Sachsen und Baden ein Rundschreiben fertiggestellt, das die deutschen Gefandtschaften anstrebt, bei der Ausstellung von Einfuhrkonsoliden soviel als möglich Zurückhaltung zu üben. Die Einreiseerlaubnis soll allen jenen Personen verzeigt werden, bei denen der Verdacht besteht, daß sie nur zum Zweck der Wareneinführung die deutsche Grenze überschreiten wollen. Beim Eintreffen der Flüchtlinge aus Sachsen und Baden sind die Gefandtschaften sofort um direkt im Sinne des Rundschreibens informiert worden.

Die Zeit in Deutschland steigt, und damit steigt auch von Tag zu Tag die Fremdenplage. Preußen und Sachsen haben verstärkte Grenzwachtturme angeordnet. In der östlichen Grenze wurden die Polizeinahmen verschärft. Die Städte des deutschen Reiches hatten unter dem Marschall ganz besonders zu leiden. Dresden, Chemnitz und Zwickau, die bisher Kinder nach Wien schickten, zusammengestellt die Ausländer die Kommissionen an die Bahnhöfe. In Oberösterreich, wo die Dinge noch schlimmer liegen als bei uns, hat die Landesregierung im Weg der Befreiung die fremden nachgelegten ihren Aufenthalt möglichst abzufüllen.

Es könnte auch bei uns in Deutschland nichts schaden, wenn die Regierungen zusammen mit der Presse und vielleicht auch mit Unterstützung der fremden Gefandtschaften einen moralischen Druck auf die Ausländer ausüben. Dem unlesbaren wirtschaftlichen Gewinn, den die Ausländer Deutschland bringen, stehen schwere soziale und moralische Schäden gegenüber. Preisabschüsse auf der einen Seite, Wohnungsknoten auf der anderen, und dazu sozialistische Demokratie. Dundernd auftauchen werden vertriebene, geflüchtete und Lester werden mit dem leicht gewonnenen, leicht gerissenen Gelbe progeschlagen. Auf alle Fälle wird es gut sein, jetzt in der Zeit des Marschusses die Ausländerstut abzuschaffen. Wenn das Reich und die Länder Maßnahmen zur Einberufung der Not treffen, dann kann die Ausländerfrage, wenn sie auch eine heile Frage ist, nicht außer acht gelassen werden.

Die Leipziger U. G. P. für die Einigung

Die außerordentliche Generalsammlung der U. G. P. Groß-Leipzig am vorigen Sonntag nahm nach einem Referat Dittmanns und eingehender Aussprache einstimmig folgende Entscheidung an:

Durch die katastrophale Geldentwertung und die damit verbundene sprunghohe Steigerung wird die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes immer tiefer herabgedrückt. Dieser verhängnisvollen Nachwirkung des Krieges und der Weltkriegswirtschaft kann die Arbeiterschaft entgegenwirken, wenn sie sich im gemeinsamen Kampf gegen ihre wirtschaftlichen und politischen Feinde zusammensetzt. Deshalb bestätigt die Generalversammlung von Groß-Leipzig erneut die Vorfürche, in denen sich die Leipziger Parteigenossenschaft für die Einigung des Proletariats ausgesprochen hat. Die Generalsammlung hofft, daß der bevorstehende Parteitag der U. G. P. der Vereinigung des Proletariats die Wege ebnen und die Verhandlungen für einen organisatorischen Zusammenschluß der sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands schaffen wird. Zugleich erwartet die Leipziger Parteigenossenschaft, daß die Vertreter der organisierten Arbeiter in den politischen und wirtschaftlichen Organisationen sowie in den Parteien ihre ganze Kraft einzehlen, um der weiteren Entwicklung der breiten Masse des Volkes ent-

Haben kam es zu keinem Gespräch zwischen Oßson und dem Doktor auf dem Wege nach dem Birkenhaus, so daß der Doktor über den wirklichen Verlauf völlig unorientiert war, als er oben ankam.

Die Schwarze Bärin lag noch immer allein mitten im Sonnenchein, und der Doktor konnte nicht leugnen, daß sie wirklich hilflos war, wie sie dalag. Die Augenlider waren halb geschlossen, und das Sonnenlicht markierte die Linie der schwach gebogenen Nase. Eine Hand lag auf der Brust, und unter dem Kiefl ragte der Fuß so weit vor, daß ein grüner Strumpf mit weißem Strudel sichtbar wurde.

Der Doktor beugte sich über sie und fühlte ihre Hand. Sie war schon kalt. Sie hat natürlich einen Schlag bekommen, weil sie so viel getrunken hat, dachte er. Er kniete neben ihr nieder, um ihr in die Augen zu sehen, da gewahrte er auf dem Schädel den großen Blutsee, der schon zu trocknen begann.

Ah! Jemand hatte ihr die Hirnschale eingeschlagen. Er blieb unberührt, bemerkte das Wolfshohls, stand auf und hob es auf. Ein paar lange, schwarze Haarschäfte ließen an dem Holz. Er sah Oßson an. Der wurde purpurrot im Gesicht. "Ich bin es nicht gewesen", stotterte er.

"Wer denn?" fragte der Doktor.

Oßson antwortete nicht, aber er blickte nach dem Hause hinüber. Ein Gesicht tauchte hinter den Gardinen auf und verschwand.

"Die Trampstarin?" fragte der Doktor. Oßson nickte schwiegend.

Der Doktor untersuchte die Schwarze Bärin genauer. Es war kein Zweifel. Sie war tot.

"Ja, das muß nun der Amtmann in die Hand nehmen. Mich geht es nichts an. Hier ist nichts zu machen", sagte er, indem er aufstand und sich den Schmutz von den Knien schlug. Dann ging er. Oßson bog sich ins Haus.

Weber Oßson noch die Trampstarin kamen am Vormittag mehr zum Vorschein. Sie blieben im Hause und warteten auf den Wolf. Aber er kam kein Amtmann.

Die Schwarze Bärin mußte einfach draußen liegen. Sie, die im Leben von so vielen begegneten worden war, was schon abgetan, vergessen, weg. Niemand kümmerte sich mehr um sie. Es mich gewisseinchen alles von ihr fort, wie sie sitzt und schwiegend dalag. Die Schneeberge standen summ und regungslos mit ihren Steinbergen, die kalten Minnalen.

gegenzuwirken. Im besonderen verlangen die Versammlungen von den Behörden, daß mit dem größten Nachdruck und unter Anwendung der schärfsten Mittel den Büderern und Schiebern entgegengetreten wird. Der riesenhohe Steuerdruck, der die Arbeiterschaft unerträglich belastet, muß beseitigt werden, die Staatslizenzen sind nach sozialistischen Grundsätzen den tragfähigen Schultern der Besitzenden aufzuerlegen, die steuerfreie Einkommensgrenze muss wesentlich herausgelegt werden. Die Versammlungen sind sich bewußt, daß die endgültige Befreiung der Arbeiterschaft nur der Sozialdemokratie bringt; sie treten deshalb dafür ein, daß die sozialistische Arbeiterschaft im Ringen um ihre Ziele den Vorrang des revolutionären Klassenkampfes nicht verlässt.

Zur Frage der Einbeziehung der Kommunisten in die Einigungsberechnungen führte Dittmann in seinem Referat aus, daß die K. P. D. jetzt nicht reif zur Einigung ist. Wie können die Einigung nicht abhängig machen von den Bedürfnissen und dem Willen Moskau. In Sachsen liefern die Kommunisten ja gerade jetzt das beste Beispiel für ihre Arbeitserfolge. Sie wollen bei den Landtagswahlen nur Parteidoktrine machen; die Interessen der Arbeiter sind ihnen gleichgültig. Die deutsche Kommunistische Partei wird erst einigungsreif sein, wenn das Geld von Moskau ausbleibt. Darauf kann das deutsche Proletariat nicht warten." — Das ist auch unsere Meinung.

Die sächsischen Gewerbevereine hatten beim Wirtschaftsministerium beantragt, die in diesem Herbst fälligen Wahlen zu den Handels- und Gewerbezammerwahlen ein Jahr zu verschieben, da noch dem bald zu erwartenden Ende des Reichsrahmengesetzes für die gesetzlichen Vertragsvertretungen eine allgemeine Neuordnung zu den Kammer stattfinden müßten. Von den sächsischen Handelskammern sprachen sich auf eine Anfrage des Wirtschaftsministeriums zwei für diesen Antrag, drei dagegen aus. Das Wirtschaftsministerium hat jetzt den Antrag abgelehnt, so daß die Handels- und Gewerbezammerwahlen noch im Herbst dieses Jahres stattfinden.

Wegen Hinterziehung von Umsatz- und Einkommenssteuer sowie wegen verlängerter Hinterziehung dieser Steuer wurde der Schuhmachermeister B. Bartholomäus in Schmied mit einer Strafe in Höhe von 408.000 M. belegt.

Finanzminister Schröder hat nach Rückkehr vom Urlaub seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Das Kinderheim der Großstädte in Wien aus Angen, das aus den ehemaligen Marinefliegerbaracken hergerichtet worden ist und jetzt 4500 Kinder auf einmal beherbergen kann, soll noch bedeutend ausgebaut und vom Reich für 12 Millionen Mark erweitert werden. Zu diesem Zweck haben die Großstädte Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau, die bisher Kinder nach Wien schickten, zusammen mit den Städten Plauen, Freiberg, Döbeln, Meißen und Bautzen beschlossen, in die Bildung einer G. m. b. H. einzutreten, um den Plan des Anfangs bald verwirklichen zu können.

Stadt-Chronik

Das 36-Mark-Brot

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung gibt mit der in der vorliegenden Nummer unserer Zeitung abgedruckten Bekanntmachung neue Mehrl. und Brotpreise bekannt. Es kostet hierauf vom 6. September 1922 an das 1900-Gramm-Brot 36 Mark, das Weizenkleingeh. (75 Gramm Semmel) 2 M. Alles Röhre ist aus der Bekanntmachung ersichtlich. Die erneute Steigerung des Brotpreises ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß die Kostenpreise, die Transportkosten und die Röhre ab 1. September 1922 außerordentlich gestiegen sind.

Die Autopost

Der letzte Sonntag, einer der wenigen sonnigen Sonntage dieses Jahres, hatte alle Dresden, die nur einigermaßen für frische Luft und Sonnenlicht empfänglich sind, ins Freie gefördert. Die gesamte Umgebung Dresden bis hinauf in die Sächsische Schweiz war von früh bis abends belebt. Und da machte man wieder die Erfahrung, wie notwendig es ist, den Autos am Sonntagen noch nicht Wege zu verhindern als bisher geschehen. So z. B. die Straße von Pillnitz durch den Graupauer Wald. Auf dieser Strecke werden die Spaziergänger nicht nur von den jauenden Autos (welches hält sie denn an die vorgepreschte Geschwindigkeit?) gefährdet, sondern die ganze Gegend, in der die Ausflügler schlendern, wird ebenfalls und verpestet. Die fahrenden Herrschaften lassen auch nicht die geringste Rücksicht walten. Statt wenigstens die breite neue Straße (auf der die Hochstraße läuft) von Niederpönitz bis Pillnitz zu fahren, benutzen sie fast ausschließlich die alte schmale Straße, die am Kappelhof in Hofkirch vorbeiführt und die ihrer landschaftlichen Vorteile wegen der Fußgänger wählt.

Die aus dem Sommerschnee auf den Hängen herausgefrorenen und sich unter dem Bahndamm bis zu ihr durchfräsen, bogten aus, wenn sie bis zu ihr gelangten, als hätten sie Angst bekommen, und die Wilden, die von der Spätsommerwärme herabgelöst worden waren, tanzen über ihr, ohne zu wagen, sich niedergulassen. Nur die große, gute Sonne, die zwischen Berichten und Ungerichten, zwischen Heiligen und Sündern keinen Unterschied macht, schien ebenso warm auf sie herab wie auf alles andre rings in der Natur. Die Sonnenstrahlen, die ihr Gesicht sehr genau bejähren, meinten, daß sie lachte, als hätte sie jetzt das richtige Abenteuer gefunden. Den dunklen Fleck auf ihrem Scheitel formten sie nicht sehen, denn der lag im Schatten, sonst wären sie vielleicht auf andre Gebanken gelommen.

Der Staupauer Kost wird ungangbar gemacht, weil der Baum bestand die Abgase von der verhältnismäßig schmalen Straße schwer abgleiten lässt.

Hier kann nichts helfen, als ein striktes Verbot. Die Herren schossen, die Sonntags durchaus mit dem Auto nach der Poststelle wollten, müssen auf die von Spaziergängern nicht sehr benützte rechte Sankt-Sigismund-Straße gehen — Viena — Görlitz verlassen werden — sie legen sie ja in einer kleinen halben Stunde zurück. Dresdens bevorzugteste Ausflugsgegenstände müssen Sonntag geschützt werden. Auch der Nichtautofahrende ist sogar ein Mensch.

Der Heimatschutz als Sammler

Die neue Zeit und die wirtschaftlichen Nöte der Gegenwart rütteln an vielen Althergebrachten und lassen auch manches wertvolle Erbstutzen zugrunde gehen. Niemand trauert darüber tiefer als Heimatschutz und Volkskunde, die meist als unbedeutsam betrachtet müssen, was verloren geht. Seitdem der Bericht sich überallhin seinen Weg gebahnt hat, seitdem in zahlreichen Orten Niederlandzentralen entstanden sind, seitdem die Landwirtschaft infolge der Leute not immer mehr dazu hat übergehn müssen, an Stelle der Menschenkraft die Maschine zu verwenden, ist auch das ganze bürgerliche Leben und Treiben in einem roschigen Umwandlungsprozeß begriffen. Die freiberuflichen Arbeitsoberen, jodchunderde alle Geschäfte und Gewohnheiten verdrängen, und nicht mehr Jahrzehnte werden vergehen, so wird man vergeblich noch hinsuchen.

Aus diesen Erwägungen heraus, und um wenigstens im Bilder festzuhalten, was einem früheren oder späteren Untergange geweiht ist, richtet der Landesverein Sachsischer Heimat- und Geschichtsverein alle, die ihr Volksamt lieben, die heraldische und bringende Mutter um recht eifige Mitarbeit beim Sammeln von photographischen Aufnahmen aus dem Bauernleben. Die Bilder sollen den Bauer zeigen, wie er auf dem Felde und im Schöft, im Stall und in der Scheune, und die Bauerin, wie sie in Küche, Wirtschaft und Garten, beim Melden, Buttern usw. tätig ist. Der Saal des Jahres bietet Viehherabnahmen genug Aufnahmen zu Aufnahmen aus dem bürgerlichen Leben, vom Düngern, Pflügen, Einen, Säen (mit Säatkugel oder Reichschein) und Walzen an bis zur Kartoffel- und Milbenente in Herbst und dem Dresden (mit Vogel oder Werbegabel) im Winter.

Zur der harten Bauernarbeit sollen die Bilder bürgerliche (und dörfliche) Feste veranschaulichen, z. B. Erntefest (mit Tanz auf dem Getreideboden), Firmes (mit Kreislauf auf der Tonne und Ruckensingen), Schützenfest im Landstädtchen, Schweinschlachten, Treibjagen, Schützenpartien, Bauernhochzeiten (auch nach alten Bildern). Auch Aufnahmen von Dorftypen (z. B. Radfahrer mit Spieß, Horn und Balzene) und bürgerlichen Alltag und Festtagen sind erwünscht, besondere Innenaufnahmen (z. B. das Gefinde in der Deutestube bei der Hochzeit).

Vorliegende Aufgaben sollen mit Anregungen geben und ließen sich beliebig vermehrten. Einladungen von Abgängen photographischen Aufnahmen — unter Beifügung etwa nötiger Erläuterungen — an die Geschäftsstelle des Landesvereins Sachsischer Heimat- und Geschichtsverein, Dresden-T., Schloßstraße 24, zu richten. Am Interesse des guten Zwecks und im Hinblick auf seine höchsten Mittel wäre der Verein für kostlose Überlassung der Bilder dankbar, doch ist er auf Wunsch auch bereit, die Herstellungskosten zurückzuschicken.

Der Polizeileutnant als Ankläger zum Diebstahl

Wegen Diebstahls wurde vor dem Schöffengericht gegen die 27jährige laufmännische Angestellte Norma Maria Jeanne Pleiss verhandelt; mit ihr nahm auf der Anklagebank Viele ihr früherer Geliebter, der ehemalige Polizeileutnant Rudolf Karl Trantner, ebenfalls 27 Jahre alt. Er ist wegen Unstiftung am 1. August dem Berichte zufolge angeklagt. Nach dem Eröffnungsbeschluss hat die Pleiss während ihrer Tätigkeit als Angestellte der Firma "Deutsche Werkstätten", Prager Straße, vom Oktober bis Dezember 1921 nach und nach verschiedene Gegenstände im Gesamtwert von über 10.000 M. gestohlen. Die gestohlenen Sachen hat sie ihrem Geliebten übergeben, der dann die Gegenstände teils selbst verkaufte, teils sie durch andre verkaufen ließ. Die Pleiss führt aus, daß sie erst im Sachsenwerk angestellt war. Auf dem Dienstlichen habe sie Trantner kennen gelernt und sei in ihm verliebt. Er habe ihr die Ehe versprochen und sei mit ihr Wohnung gegangen, in der sie mit der Großmutter wohnte. Auf Drängen des Prächtigsten habe sie die Stelle im Sachsenwerk aufgegeben. Im Sommer kam es aber zu Differenzen, weil das Geld nicht reichte. Sie habe sich um Stellung bemüht und sei in den Deutschen Werkstätten auf der Prager Straße angestellt worden. Nur Tr. großen Ansprüchen zu genügen, habe sie erst ein Klavier verkauf und schließlich habe sie gestohlen. Nach ihren Darstellungen hat sie Tr. stets am Geschäft abgeholt, ihn die gestohlenen Sachen abgenommen und in seine Aktentasche gesteckt. Sie erzählte, Tr. habe oft zu ihr gesagt, "andre mauen auch". Wenn ihr etwas passiere, sollte sie nur die Peine zu ihm schicken, als Polizeibeamter würde er schon Glauben finden. Tr. sei Spieler und brauche stets Geld, und habe immer gedrängt, sie solle stehen, damit er Geld schaffen kann. Alles habe sie ihm geopfert und für ihn hingegeben, schließlich habe er sie auch noch angestellt. Am Dezember 1921 sei es in Großenhain zur Aufführung der Verlobung gekommen. Sie sei dann zu einer bietigen Hochzeit gegangen, dort habe man ihr eine Stellung gegeben, die sie jetzt noch habe. An ihrem Dienst ist nur Trantner schuld.

Tr. gab an, daß er das Gymnasium besucht habe. Nach dem Tod seines Vaters konnte er nicht weiter studieren. Er wurde Soldat. Er sei in mehreren Stellen als Inspektor tätig gewesen und habe es im Felde bis zum Offizier gebracht. Nach der Entlassung aus dem Heere war er zunächst wieder in der Landwirtschaft tätig und dann sei er zur Landespolizei gegangen. Dort wurde er bald Offizier. Später habe er die Pleiss kennen gelernt. Bei dem Verlust der gestohlenen Sachen will er seinen Vorteil gezeigt haben. Nun belasteten sich die beiden Angeklagten in der Verhandlung gegenseitig auf die schwere Weise. Auch behauptete Tr. er sei von der Angeklagten angefochten worden. Als die zweite Nummer der bestreitenden Wochenzeit mit den Tröndler-Geschäften erschien, habe seine Mutter Selbstmord begangen. Er meint alle Schuld auf die Pleiss, die ihr völlig ungern habe.

Als ärztlicher Sachverständiger hält Generalarzt Dr. Bennewitz die Pleiss für etwas hysterisch, aber nicht geisteskrank und für ihre Handlungswweise verantwortlich, wenn auch etwas minderwertig. Der Anwalt plädierte für Verhafung beider Angeklagten nach dem Grundsatzbeschluss. Die Pleiss wurde vom Rechtsanwalt Dr. Maier verteidigt, der als den eigentlichen Schuldigen den ehemaligen Polizeileutnant bestimmt, während sich letzterer damit verteidigte, daß er nur im Sinne der Pleiss gehandelt habe. Das Gericht verurteilte beide Angeklagten zu je 2 Monaten Gefängnis. Das Gericht habe die Schulden beider für gleich groß gehalten. Bei Tr. galt die Strafe durch die Untersuchungskommission als verbüßt.

Die Auslösung der Geschworenen. Als Hauptgeschworene wurden ausgewählt: Geschäftsführer Ernst Wöhler, Dresden; Kaufrat Martin Müller, Großenhain; Baumwollseidenfabrik Paul Haubert, Dresden-Volkmarsdorf; Schmiedemeister Ernst Wöhrl, Schmieden; Dresden-Laußigkott; Rittergutsbesitzer Friedrich Grafe, Schleußig; Schlosser Max Schneider, Riesa; Tischlermeister Bruno Wittkopp, Freital-Deuben; Landwirt und Obstzüchter Robert Roth, Hohenwitz; Glasermeister Oskar Peter, Dresden; Eisenwarenrat Oswald Vogel, Winzer, Nippes; Buchbindereobermeister Friedrich Behr, Dresden; Technotermetermeister Emil Künkel, Bad Schandau; Gemeindebeamter Richard Paul Thierfelder, König; Chemiker Dr. phil. Johannes Hermann Meyle, Radebeul; Konzernzentralkaufleiter des Konzerns Vogel & Peter, Radebeul; Lagerhalter Rudolf Neumann, Kötzschenbroda; Zimmerpolster Heinrich Schwante, Dresden.

Kennig; Eisendreher Gustav Adolf Schmidt, Rödig; Fabrikarbeiter Karl Spindler, Gödö; Kaufmann und Stadtverordneter Martin Kenner, Dresden; Baumeister Paul Möhl, Dresden; Dresden-Friedrich; Schneidermeister Alfred Behr, Dresden; Kautz Emil Scherz, Dresden-Plaußow; Steinheber Richard Petters, Voitshaus; Schlosser Paul Krömer, Hosterwitz; Fahrzeughäuser Wilhelm Scheffler, Großenhain; Gemeindevorstand Emil Tönnies, Görlitz; Hofrat Professor Dr. Karl Heinrich Ludwig Berlin, Dresden-Großwitz; Wirtschaftsbesitzer Otto Gießgen, Niederpötzsch; Bergarbeiter Hermann Winkler, Freital-Teubn. — Zum Vorsthenden der fünften Tagung wurde Landgerichtsdirektor Dr. Knuth ernannt; die Verhandlungen werden vornehmlich Anfang Oktober beginnen.

Vilzausstellung

Die Vilza gehören wohl mit zu den formenreichen Naturgebrächen und lassen auch manches wertvolle Erbstutzen zugrunde gehen. Niemand trauert darüber tiefer als Heimatschutz und Volkskunde, die meist als unbedeutsam betrachtet müssen, was verloren geht. Seitdem der Bericht sich überallhin seinen Weg gebahnt hat, seitdem in zahlreichen Orten Niederlandzentralen entstanden sind, seitdem die Landwirtschaft infolge der Leute not immer mehr dazu hat übergehn müssen, an Stelle der Menschenkraft die Maschine zu verwenden, ist auch das ganze bürgerliche Leben und Treiben in einem roschigen Umwandlungsprozeß begriffen. Die freiberuflichen Arbeitsoberen, jodchunderde alle Geschäfte und Gewohnheiten verdrängen, und nicht mehr Jahrzehnte werden vergehen, so wird man vergeblich noch hinsuchen.

Aus diesen Erwägungen heraus, und um wenigstens im Bilder festzuhalten, was einem früheren oder späteren Untergange geweiht ist, richtet der Landesverein Sachsischer Heimat- und Geschichtsverein alle, die ihr Volksamt lieben, die heraldische und bringende Mutter um recht eifige Mitarbeit beim Sammeln von photographischen Aufnahmen aus dem Bauernleben. Die Bilder sollen den Bauer zeigen, wie er auf dem Felde und im Schöft, im Stall und in der Scheune, und die Bauerin, wie sie in Küche, Wirtschaft und Garten, beim Melden, Buttern usw. tätig ist. Der Saal des Jahres bietet Viehherabnahmen genug Aufnahmen zu Aufnahmen aus dem bürgerlichen Leben, vom Düngern, Pflügen, Einen, Säen (mit Säatkugel oder Reichschein) und Walzen an bis zur Kartoffel- und Milbenente in Herbst und dem Dresden (mit Vogel oder Werbegabel) im Winter.

Zur der harten Bauernarbeit sollen die Bilder bürgerliche (und dörfliche) Feste veranschaulichen, z. B. Erntefest (mit Tanz auf dem Getreideboden), Firmes (mit Kreislauf auf der Tonne und Ruckensingen), Schützenfest im Landstädtchen, Schweinschlachten, Treibjagen, Schützenpartien, Bauernhochzeiten (auch nach alten Bildern). Auch Aufnahmen von Dorftypen (z. B. Radfahrer mit Spieß, Horn und Balzene) und bürgerlichen Alltag und Festtagen sind erwünscht, besondere Innenaufnahmen (z. B. das Gefinde in der Deutestube bei der Hochzeit).

Vorliegende Aufgaben sollen mit Anregungen geben und ließen sich beliebig vermehrten. Einladungen von Abgängen photographischen Aufnahmen — unter Beifügung etwa nötiger Erläuterungen — an die Geschäftsstelle des Landesvereins Sachsischer Heimat- und Geschichtsverein, Dresden-T., Schloßstraße 24, zu richten. Am Interesse des guten Zwecks und im Hinblick auf seine höchsten Mittel wäre der Verein für kostlose Überlassung der Bilder dankbar, doch ist er auf Wunsch auch bereit, die Herstellungskosten zurückzuschicken.

Reichsbanknoten zu 500 Mark. Von den seit Anfang August dem Berichte zugeführten Reichsbanknoten zu 500 M. mit dem Datum des 7. Juli 1922 sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche, da es sich um rote Radbündungen handelt, unzweckmäßig zu erkennen sind. Den Fälschungen fehlen teilweise die Hauptzeichen der echten Noten, und zwar: der rechtssichtig befindliche Bimessblau gebliebne Grund mit den eingewickelten roten Blättern, sowie das auf echten Noten in der Durchsicht gut erkennbare Wasserzeichen, das sich aus zwei seitlich verschlungenen Bändern zusammensetzt, von denen das eine mit dünner Randbegrenzung die bimessl. Wertzahl „500 M.“ trägt. Teilweise ist das Wasserzeichen sehr unschärfig nachgeahmt. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt und ganz besonders empfohlen, bei der Prüfung der Noten auf das Vorhandensein des echten vorgetriebenen Wasserzeichens und des echten Farbenkreisens zu achten.

Neue Banknoten. In den nächsten Tagen gelangen an Stelle der protohistorischen 500-Mark-Banknoten neue 500-Mark-Banknoten zur Ausgabe. Weiter werden infolge der Belastung und der Not an Zahlungsmitteln zur Erleichterung größerer Zahlungen Banknoten zu 50.000 und 100.000 Mark in kleineren Mengen herausgegeben.

Rechtsführung und Wiederaufbau.

Da sich die bisherigen

Vorstände des Dr. Max v. Weltin über das Thema: Die Lebensführung als Grundlage des Wiederaufbaus, so außerordentlich starken Aufsprüchen erfreuten, wird morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Weltin'sche Schleife, Windlemanstraße 4, ein dritter und letzter Vortrag stattfinden, und zwar unentgeltlich. Nach dem Vortrage freie Ansprache. — Eintritt nur gegen numerierte Eintrittskarten, die unentgeltlich im Gibionhof, Reitbahnhofstraße 24, und an der Abendkasse zu haben sind. (Siehe auch Inserat.)

Verdeckung der Julikiste. Die Festlegung des Mietzinses für den 1. Oktober 1922 ist wie der Rat zu Dresden, Ortsamtamt, mittels, mit Rücksicht auf die starke Bewegung der Kaufstoffspreise und Zölle bis Mitte September aufzulegen. Vor Annahme dieser Mietzinsen wird gewarnt und ganz besonders empfohlen, bei der Prüfung der Noten auf das Vorhandensein des echten vorgetriebenen Wasserzeichens und des echten Farbenkreisens zu achten.

Die nächsten Aufgaben der Pleier. Die Friedensmiete (1. Juli 1914) ist genau festzustellen. Wo sich der Vermieter weigert, diese anzugeben oder falsche Angaben macht, ist er nach dem Reichsheimstättengesetz strafbar. Sobald er vom Rate bekanntgegeben wird, ist er sofort verhaftbar.

Die Wohnungsnosit steigt weiter. Im Juli hat sich, wie das

Dresdner Wohnungskontor mitteilt, die Zahl der Wohnungsgesuchte wieder um 1684 erhöht, 46 950 Familien oder Einzelpersonen wünschen. Die Zahl der beim Wohnungskontor vorliegenden Anträge, denen bisher noch nicht entsprochen werden konnte, wuchs von 24 298 auf 24 988. Die Zahl der Brotbringenden ist annähernd dieselbe geblieben. Sie beträgt gegenwärtig 8880. Durch Sanitätsleistung werden im Juli 59 Wohnungen für den Wohnungsmarkt erstellt.

Sitz aus dem Feuer. Am Montag abend, gegen 8½ Uhr, brannte in einem unbewohnten Etagenzimmer im Hause Holzstraße 125 eine 30 Jahre alte Hausdame aus dem Fenster des ersten Stockes in den Hof hinaus und wurde mit einer schweren Kopfwunde und inneren Verletzungen aufgefunden. Das Mädchen litt an Anfällen und war schon wiederholter deßhalb in einer Anstalt. Es wurde der Helm und Kleidungsstücke abgezogen.

Bei Sabotagetaufungen. Am Montag abend wurde im Hause Dürerplatz 1 eine tödliche Witwe tot aufgefunden. Sie ist zufolge Sabotagetaufungen durch Einsämen von Reuzigkraut freiwillig aus dem Leben geschieden. Die an ihr angebrachten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Ferner stand man im Hause Konfidenzstraße 28 am Montag einen 71jährigen Arbeiter bestimmt vor. Bei ihm führte die Aufzehrung von Sauerstoff nach 25 Minuten zum Tode.

Nicht aus dem Feuer. Am Montag abend, gegen 8½ Uhr, brannte in einem unbewohnten Etagenzimmer im Hause Holzstraße 125 eine 30 Jahre alte Hausdame aus dem Fenster des ersten Stockes in den Hof hinaus und wurde mit einer schweren Kopfwunde und inneren Verletzungen aufgefunden. Das Mädchen litt an Anfällen und war schon wiederholter deßhalb in einer Anstalt. Es wurde der Helm und Kleidungsstücke abgezogen.

Die Wohnungsnosit steigt weiter. Im Juli hat sich, wie das

Dresdner Wohnungskontor mitteilt, die Zahl der Wohnungsgesuchte wiederum erhöht, 46 950 Familien oder Einzelpersonen wünschen. Die Zahl der beim Wohnungskontor vorliegenden Anträge, denen bisher noch nicht entsprochen werden konnte, wuchs von 24 298 auf 24 988. Die Zahl der Brotbringenden ist annähernd dieselbe geblieben. Sie beträgt gegenwärtig 8880. Durch Sanitätsleistung werden im Juli 59 Wohnungen für den Wohnungsmarkt erstellt.

Die nächsten Aufgaben der Pleier. Die Friedensmiete (1. Juli 1914) ist genau festzustellen. Wo sich der Vermieter weigert, diese anzugeben oder falsche Angaben macht, ist er nach dem Reichsheimstättengesetz strafbar. Sobald er vom Rate bekanntgegeben wird, ist er sofort verhaftbar.

Die Wohnungsnosit steigt weiter. Im Juli hat sich, wie das

Dresdner Wohnungskontor mitteilt, die Zahl der Wohnungsgesuchte wiederum erhöht, 46 950 Familien oder Einzelpersonen wünschen. Die Zahl der beim Wohnungskontor vorliegenden Anträge, denen bisher noch nicht entsprochen werden konnte, wuchs von 24 298 auf 24 988. Die Zahl der Brotbringenden ist annähernd dieselbe geblieben. Sie beträgt gegenwärtig 8880. Durch Sanitätsleistung werden im Juli 59 Wohnungen für den Wohnungsmarkt erstellt.

Reichssekretion Gießenheitssachen! Mittwoch, 8. September, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Altenbergring, 2, 1. Zimmer 1, Vertragsmännerversammlung. Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden.

Bund der Kinderfreunde, Bezirk Alstadt-Ost. Mittwoch den 6. September, abends 8 Uhr, im Romasöldnerhaus, Neue Gasse.

Der Elternbund für Knabenmusik wird kommenden Sonntag wieder seine zahlreichen Freunde zu einem Ausmarsch nach dem Gasthof Deuben vereinen. Der Ausmarsch erfolgt nachmittags 2 Uhr. Silberplay. Alle Mitglieder, Freunde und Gönner dieses gemeinnützigen Unternehmens sind herzlich eingeladen. Besonders alle Eltern und Erzieher, deren Jungen Lust zur Ausübung fröhlicher Marschmusik haben, willkommen. Der Vorsteher wird in kurzer Ansprache die Ziele des Elternbundes für Knabenmusik darlegen. An der Veranstaltung kann jeder teilnehmen; jeder kann die Mitgliedschaft für 8 Mark erwerben.

Dresdner Umgebung

Dippoldiswalde. Einen Unfall, glücklicherweise ohne schweren Folgen, erlitt am Sonntagnachmittag der Kurzwarenhersteller Karl Spindler, Dresden.

Wilsdruff. Mittwoch, abends 7½ Uhr, öffentliche Gemeindetrotzierung.

Ortelsburg. Mittwoch, abends 7½ Uhr, öffentliche Gemeindetrotzierung.

Wilsdruff. Mittwoch, abends 7½ Uhr, öffentliche Geme